



TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik

Betrifft: Kooperation statt Konfrontation

Entschließungsantrag

Von: Herrn Dr. Florian Schuch als Delegierter der Bayerischen Landesärztekammer

DER DEUTSCHE ÄRZTETAG MÖGE FOLGENDE ENTSCHEIDUNG FASSEN:

Der Deutsche Ärztetag fordert Rahmenbedingungen, in denen es Ärztinnen und Ärzten auf der einen Seite und Krankenkassen auf der anderen Seite wieder möglich ist, eine nachhaltige und menschliche Medizin zu ermöglichen. Durch die gescheiterte Gesundheitspolitik der letzten Jahre ist ein Klima entstanden, in dem immer mehr die Konfrontation von Ärzten und Krankenkassen im Vordergrund steht. Der Missbrauch des Kassenarztrechts durch Krankenkassen zur Einschüchterung und/oder Disziplinierung von Vertragsärzten wird abgelehnt. Freie Meinungsäußerung und Information eines jeden Vertragsarztes sind Grundrechte und dürfen nicht zu willkürlichen Disziplinarmaßnahmen durch Krankenkassen auf dem Boden des Kassenarztrechtes führen.

Begründung:

Zwölf Erlanger Hausärzte wurden von der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns informiert, dass durch die Siemens Betriebskrankenkasse (SBK) ein Verstoß der kassenärztlichen Pflichten geprüft werde, da bei diesen Ärzten über die unterschiedliche Umsetzung der Hausarztverträge zu tendenziös informiert worden sei. Noch vor Ablauf der Frist zur Stellungnahme wurde im Übergabeeinschreiben mitgeteilt, dass ein Kassenentzugsverfahren auf Antrag der SBK eingeleitet worden ist.

Die Tatsache, dass innerhalb von Gemeinschaftspraxen nur einer der Partner, z. B. der Sprecher des Hausärztereins, die Vorsitzende des Hospizvereins Erlangen, kassenrechtlich belangt werden sollen, beweist die völlige Willkür. Nach massiven Protesten der Bevölkerung und der Ärzte hat die SBK inzwischen den Antrag zurückgezogen.

Angenommen: Abgelehnt: Vorstandsüberweisung: Entfallen: Zurückgezogen: Nichtbefassung:

Stimmen Ja: 0

Stimmen Nein: 0

Enthaltungen: 0